

Anlage 10 – Umfang der angefragten Ingenieurleistung

1. Allgemeine Beschreibung des Leistungsumfangs

Abschnitt 1 & 3:

Die in der beiliegenden Honoraranfrage enthaltenen Leistungen umfassen alle Leistungsphasen im Leistungsbild der Verkehrsanlagen der HOAI § 47 mit Ausnahme der Leistungsphasen 4 und 9.

Abschnitt 2:

Die in der beiliegenden Honoraranfrage enthaltenen Leistungen umfassen alle Leistungsphasen im Leistungsbild der Verkehrsanlagen der HOAI § 47 mit Ausnahme der Leistungsphasen 1, 2, 3, 4 und 9.

2. Detaillierte Erläuterungen zum Leistungsumfang

Nachfolgend erfolgen Präzisierungen zu den Leistungsinhalten einzelner Leistungsphasen.

Die in den einzelnen Leistungsphasen zugeordneten Koordinationsleistungen der an der Planung und Bauüberwachung fachlich Beteiligten sind zeitlich und fachlich in das Planungskonzept einzuordnen, einzupassen und aufeinander abzustimmen. Im Zuge der Bauüberwachungsleistungen sind die an der Ausführung fachlich Beteiligten so einzubinden, dass ein gegenseitiges Behindern zur Sicherung der Termine, der Kosten und der Qualität vermieden wird.

Die Ausführungspläne sind je nach Erfordernis zu aktualisieren und fortzuschreiben. Eine Verteilung der überarbeiteten Ausführungsplanung erfolgt durch den Auftragnehmer.

Gemäß HOAI hat die Bauoberleitung (AN) einen Terminplan (Bauzeitenplan) aufzustellen, fortzuschreiben und zu überwachen. In diesem Terminplan sind alle wesentlichen Bauleistungen darzustellen. Darüber hinaus sind Termine für die späteste Planlieferung zu verfolgen und ggf. bei Verzug aufzuzeigen. Die Verantwortung der fristgerechten Einreichung der Terminpläne obliegt der Bauoberleitung (AN).

Darüber hinaus hat die Bauoberleitung (AN) die vorliegenden Pläne auf die vollständige Umsetzung der bauvertraglichen Regelungen zu prüfen. Dies gilt für alle Pläne, die das Bauvorhaben betreffen.

Als Grundvoraussetzung für eine termin-, kosten- und qualitätssichernde Abwicklung sind Abstimmungsgespräche wie Baubesprechungen, Verkehrsbesprechungen, Planungsbesprechungen etc. zwingend erforderlich. Eine Teilnahme des Auftragnehmers ist zur Leistungserfüllung notwendig. Darüber hinaus führt er über diese Besprechungen Protokoll und stellt die Niederschriften den Teilnehmern innerhalb von 5 Arbeitstagen bzw. bei regelmäßig stattfindenden Besprechungen mindestens 2 Werktage vor der darauf folgenden Besprechung zur Verfügung. Vor der Verteilung des Protokolls ist die Zustimmung vom Auftraggeber durch den Auftragnehmer einzuholen. Die zugehörige Terminabstimmung sowie die Einladung zu Besprechungen obliegt dem Auftragnehmer.

Die Überwachung der Ausführung des Objektes auf Übereinstimmung mit den zur Ausführung freigegebenen Unterlagen, dem Bauvertrag, den vertraglichen Regelungen mit Dritten, den Genehmigungen sowie den allgemein anerkannten Regeln der Technik und den einschlägigen Vorschriften macht eine den Aufgaben entsprechend angemessene Präsenz der örtlichen Bauüberwachung auf der Baustelle erforderlich. Alle Überwachungsleistungen sind vor Ort zu erbringen. Bei unvorhergesehenen Ereignissen, während der Bauausführung muss innerhalb des Arbeitstages eine fernmündliche oder eine auf Bilder basierende Abstimmung mit der ausführenden Firma erfolgen. Mit Angebotsabgabe und Unterschrift wird bestätigt, dass die Leistungen der örtlichen Bauüberwachung sowie der Bauoberleitung am Erfüllungsort Hattingen durchgeführt werden. Dies ist ebenfalls Vertragsbestandteil.

Aufgrund der Erfordernis, dass die Andienung der Anlieger auch während der Baumaßnahme zu jeder Zeit gegeben sein muss, sind im Vorfeld der Maßnahme Verkehrsphasenpläne und detaillierte Verkehrszeichenpläne durch den AN-Bau aufzustellen. Im Zuge der erstmaligen Einrichtung und beim Wechsel von Verkehrsphasen sind bei der Baumaßnahme jeweils entsprechende Verkehrszeichen-Abnahmen (VZ-Abnahmen) durch die Bauüberwachung durchzuführen und die ordnungsgemäße Umsetzung der abgestimmten Verkehrslenkung in Abnahmeprotokollen zu dokumentieren. Entsprechende Vorabstimmungen mit dem AN-Bau und Dritten sind u.a. in Verkehrsbesprechungen durchzuführen.

Bei Nachträgen des AN-Baus sind für die Nachtragsbearbeitung folgende Leistungen erforderlich:

- Bewertung und Stellungnahme zu eingereichten Mehrkosten-, Bedenken- und Behinderungsanzeigen.
- Prüfung des Vergütungsanspruchs von eingereichten Nachträgen „dem Grunde nach“ und ob eine Anspruchsgrundlage vorliegt.
- Prüfung des Vergütungsanspruchs von eingereichten Nachträgen „der Höhe nach“ mit Darstellung der Auswirkungen auf die Gesamtkosten. Hierbei sind die Leistungsansätze (innere Kosten) für Personal und Material auf Plausibilität zu prüfen.
- Prüfung der Auswirkungen der Nachtragsleistungen auf die Gesamttermine mit Darstellung der Ausführungszeiten und terminlichen Auswirkung auf die Hauptvertragsleistungen.
- Empfehlung zum weiteren Vorgehen.

Die Nachtragsprüfung ist auf einem noch abzustimmenden Formblatt zu dokumentieren. Mit diesem Formblatt ist das entsprechende Prüfaxemplar beim AG einzureichen. Das Prüfaxemplar beinhaltet die handschriftlichen Prüfanmerkungen im Nachtrag und der Kalkulation sowie die Unterschrift des Bearbeiters mit den Anmerkungen „Sachlich und rechnerisch richtig“. Ggf. können zur Bearbeitung eigene Kalkulationen als Vergleichsrechnung notwendig werden. Zur Nachtragsverfolgung sind entsprechende Nachtragslisten in Abstimmung mit dem AG aufzustellen und fortzuschreiben.

Mit Beginn der Ausführung der Baumaßnahme sind Abstimmungen über die Aufstellung der Rechnung (zeitlich, formal und inhaltlich) sowie deren zwingend erforderlich vorliegenden Grundlagen mit dem Auftragnehmer Bau zu treffen. Für eine zeitnahe Rechnungsbearbeitung hat der Auftragnehmer sukzessive Aufmaßprüfungen bzw. Aufmaßtermine mit dem AN-Bau durchzuführen. Die Rechnungen sind geprüft innerhalb einer Kalenderwoche nach Eingang dem AG zu übergeben.

Treten während der Bauausführung Ablaufstörungen ein, die nicht dem Risikobereich des Auftraggebers zuzurechnen sind, führen diese grundsätzlich nicht zu einer Anpassung der Vergütung, es sei denn, die Voraussetzungen des § 313 BGB sind erfüllt. Bei einer durch derartige Umstände bedingten Verlängerung des Zeitraums der Objektüberwachung legen die Vertragsparteien die Zumutbarkeitsschwelle bei 20 % der vertraglich vorgesehenen Zeitdauer der Objektüberwachung fest, so dass der Auftragnehmer für darüberhinausgehende Ausführungszeitverlängerungen eine zusätzliche Vergütung für Leistungen der Objektüberwachung geltend machen kann. Derartige Ansprüche sind auf den vom Auftragnehmer im Einzelfall konkret nachzuweisenden Mehraufwand beschränkt. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt. Im Übrigen begründen Veränderungen der festgelegten Termine allein keinen Anspruch auf Erhöhung des Honorars.